

**Rede des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-
Westfalen Herrn Thomas Kufen**

**zum Thema "Miteinander, nicht nebeneinander - Perspektiven für
ein Zusammenleben von Christen und Muslimen"**

am 18. Mai 2010 in Siegen

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sehr geehrte Damen und Herren,
die Studie "Muslimisches Leben in Deutschland" des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergibt, dass zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime in Deutschland wohnen.**

Berücksichtigt man, dass in Deutschland insgesamt rund 82 Millionen Menschen leben, beträgt der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung zwischen 4,6 und 5,2 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung noch höher. Hier leben ca. 1,3 – 1,5 Millionen Muslime. Das entspricht 7-8 % der nordrhein-westfälischen Gesamtbevölkerung. 46% besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt – nicht nur aus ethnischer Perspektive, sondern auch aus religiöser Sicht. In Nordrhein-Westfalen gehören rund 75 % der Bevölkerung einer von über 200 Religionsgemeinschaften oder Glaubensströmungen an.

Religion ist identitätsstiftend für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, denn die religiösen Bindungen sind in der neuen Heimat für die eigene Identität ein wichtiger Faktor.

Gerade hier kommt dem Dialog mit den Religionen – und dabei insbesondere mit dem Islam – eine besondere Bedeutung zu.

Aufeinander zuzugehen; weltoffen zu sein; den interkulturellen Dialog zu suchen, um Zukunft besser gestalten zu können.

Der interreligiöse Dialog über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg ist unerlässlich. Das gute Miteinander der Gesellschaft zu sichern, ist auch eine große Aufgabe für die kommenden Jahre.

Für manche scheint erst die Tatsache, dass der Islam zunehmend an Sichtbarkeit im Stadtbild gewinnt, dafür gesorgt zu haben, dass Deutschland als Einwanderungsland wahrgenommen wird. Das hat an mancher Stelle für Verunsicherung gesorgt, nicht zuletzt auch deshalb, weil gleichzeitig Kirchen geschlossen und Kirchengemeinden zusammengelegt werden.

Die Auseinandersetzung mit der anderen Religion ruft bis heute viele Vorbehalte und Ängste hervor, die durch ein mangelndes Wissen über die Religion des Anderen zu erklären sind. Die Fragen, die zum Thema Religion aufgeworfen werden, ergeben sich häufig aus alltäglichen Begegnungen mit Mitgliedern der anderen

Glaubensgemeinschaft. Das fehlende Wissen, ob des Muslims über das Christentum oder des Christen über den Islam, führt dabei immer wieder zu Missverständnissen. Den Menschen fehlen oft schon Grundkenntnisse über das religiöse Leben der anderen Religion, die helfen, den Anderen zu verstehen. Und wenn wir ehrlich sind, ist auch festzustellen, dass Christen mehr über das Christentum und Muslime mehr über den Islam wissen sollten

Wer sich mit dem Islam und dem Christentum beschäftigt wird schnell feststellen, dass es viele Gemeinsamkeiten gibt, die eine gute Ausgangsposition für den Dialog sein können. Das Wichtigste wird jedoch die Bereitschaft sein, ein offenes Interesse für den religiösen Hintergrund der betreuten Kinder, des Nachbarn oder des Arbeitskollegen zu entwickeln.

Der Dialog ist das wichtigste Mittel um Vorurteile abzubauen. Nur wenn man miteinander und nicht übereinander spricht, lernt man sich kennen und verstehen. Das fördert wechselseitige Akzeptanz und stärkt die Verbundenheit.

Hinsichtlich des Islams wurde in den vergangenen Jahren vielmals der Bau von Moscheen thematisiert. Es kann jedoch grundsätzlich

nicht meine Aufgabe als Landesintegrationsbeauftragter sein, zu Einzelheiten lokaler Bauvorhaben Stellung zu nehmen.

Doch die Moscheebauten in Deutschland und auch hier in Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile über die Stadt hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Es gibt erbitterte und sehr emotional geführte Auseinandersetzungen zwischen Moscheebaugegnern- und -befürwortern.

Es existieren bislang keine amtlichen Statistiken über die Anzahl von religiösen Gebäuden in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt soll es nach Schätzungen ca. 2.600 muslimische Gebetsstätten in Deutschland geben, von denen ca. 150 als klassische Moscheen (mit Kuppel und Minarett) zu bezeichnen sind. Die Zahl der Moscheeneubauten hat in den letzten Jahren beständig zugenommen.

Was vielen übrigens unbekannt ist, ist die der Umstand, dass es auch vor der Arbeitsmigration Moscheen in Deutschland gab. Die älteste bekannte Moschee auf deutschem Boden wurde 1779-1791 im Schwetzingen Schloßgarten in Baden-Württemberg gebaut. Sie ist keine originale Moschee und wurde nicht als Gebetshaus

errichtet – sie wurde vielmehr als Interpretation einer Moschee in der Kunstsprache des 18. Jahrhunderts konzipiert. Im Kriegsgefangenenlager in Wünsdorf wurde 1915 die erste Moschee, die als solches genutzt wurde, eröffnet. Diese Moschee diente nach dem Ersten Weltkrieg den Berliner Moslems als erste Gebetsstätte, wurde aber wegen Einsturzgefahr 1924 geschlossen und 1925/26 abgerissen. Die 1925 von der Ahmadiyya-Gemeinde eröffnete Moschee in Berlin-Wilmersdorf existiert dagegen heute noch und ist damit die älteste Moschee Deutschlands.

Meine Damen und Herren,

Unser Staat steht für bestimmte Werte ein: die Bewahrung der Würde des Menschen, die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und auch die Religionsfreiheit, um nur einige zu nennen. Wir haben einen rechtsstaatlichen Rahmen, der diese Werte gewährt, an die wir gebunden sind. Aus diesem Verständnis heraus hat sich ein Verhältnis zu den Religionen entwickelt, die durch Neutralität gekennzeichnet ist.

Der Staat stellt den Religionen Räume zur Verfügung, in denen sie sich in einem partnerschaftlichen Verhältnis in die Gesellschaft einbringen können. Als gemeinsam verantwortete Räume -

sogenannte Res Mixta - in denen Religion nicht nur Privatsache ist, sondern gesellschaftlich prägend wirken kann.

Dieses Verhältnis gilt es zu bewahren: wie es sich historisch zwischen dem Staat und der katholischen, der evangelischen und der orthodoxen Kirche und auch im Verhältnis zu der jüdischen Gemeinschaft entwickelt und bewährt hat. Wichtig ist nun, dem Islam einen gleichberechtigten Platz hierbei einzuräumen.

Und spätestens seit dem Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, dass auch Grundwerte immer wieder gefestigt und verteidigt werden müssen.

Wir sehen also: dieses Verhältnis ist von Beginn an nicht exklusiv, sondern pluralistisch angelegt. Es ist ein Verhältnis, das sich so ausgeprägt hat, wie es ist, weil dem Staat Religionen und Bekenntnisse in ihrer Pluralität gegenüberstanden und gegenüberstehen.

Wir müssen also mit den Muslimen einen Dialog führen, weil wir ein freiheitlich säkularer und weltanschaulich neutraler Staat sind. Über dieses Staats-Religions-Verhältnis sind wir mit den Muslimen in

unserem Land im Gespräch, um eine rechtliche Integration des Islam in unserem Land zu ermöglichen. Dazu gehört auch den Muslimen zu ermöglichen einer "Religion" würdige Gebetshäuser zu errichten und nicht mehr in sogenannten Hinterhofmoscheen oder ehemaligen Fabrikhallen ihrem Glauben nachzugehen.

Häufig wird die Situation von Christen bzw. die Errichtung von Kirchen in muslimischen Ländern als Gegenargument angebracht. Diese Situation ist eine Frage, die wir nicht mit unserem Recht auf Religionsfreiheit in Verbindung setzen dürfen. Zweifelsohne müssen wir uns aber für unsere christlichen Brüder und Schwestern in diesen Ländern einsetzen, aber auch die Muslime hier in Deutschland müssen dieses tun, was viele übrigens auch schon tun.

Wie die rechtliche Integration des Islam aussehen wird, lässt sich heute noch nicht im Detail bestimmen: sie wird am Ende des Dialogs stehen. Aber das Ziel sollte sein, dass sie eines nicht verändert: unsere gewachsene und bewährte und bewahrenswerte fördernde Neutralitätspflicht. Und es ist ein gemeinsamer Weg, die Werte des Grundgesetzes mit Leben zu füllen, Heute und in Zukunft.

Rasante und im Stadtbild erkennbare Veränderungen rufen natürlich auch Ängste bei der einheimischen Bevölkerung hervor. In Zeiten wo Kirchen geschlossen und zum Verkauf angeboten werden, irritiert es die Bürgerinnen und Bürger zu sehen, dass in ihren Stadtteilen Moscheen - die es ja vorher auch schon gab, aber nur nicht als solche erkennbar waren - errichtet werden.

Ich halte es daher auch für falsch, alle diejenigen, die gegen eine Moschee sind, in die rechte Ecke zu stecken. Denn oft spielen andere Bedenken - meistens eher alltägliche Fragen, wie Lärmbelästigung oder Verkehrs- und Parkplatzfragen eine Rolle. Wichtig ist, dass man seine Bedenken sachlich äußert und miteinander ins Gespräch kommt. Dagegen ist auch gar nichts einzuwenden: je transparenter der Prozess, je offener für alle Beteiligten, desto besser. Wer aber behauptet die Moschee ist nicht das Problem, sondern der Islam, verlässt die Gesprächsgrundlage.

Wenn man den Eindruck erweckt, der Islam habe einfach keinen Platz in Deutschland, dann schweißt man die Radikalen mit den Moderaten zusammen und befördert, dass sich diese Menschen in ihre eigene Religion und Ethnie zurückziehen - auch diejenigen, die

sich vorher vielleicht gar nicht mal so stark mit dem Islam identifiziert haben.

Besonders wichtig ist, dass man Integrationsfragen und Religionsfragen nicht miteinander vermischt. Denn dass manche Kinder aus Zuwandererfamilien in der Schule schlecht abschneiden, ist keine Folge der Religion, sondern der Sprache. Da ist der Staat gefordert. Mit dem Ausbau der frühen Sprachförderung hat Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt getan.

Um überhaupt eine Chance zu bekommen, an Bildung teilnehmen zu können, brauchen gerade Kinder mit Zuwanderungsgeschichte sehr früh Sprachförderung.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg und für die soziale Integration eines Kindes. Sprachförderung ist daher einer der wichtigsten Bausteine auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit für Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte.

Heute ist es zum Glück gesellschaftlicher Konsens, dass jedes Kind, das in die Schule kommt, die deutsche Sprache verstehen und sprechen können muss.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland die Erfassung des Sprachstandes aller Kinder zwei Jahre vor der Einschulung gesetzlich geregelt.

Nach der Sprachstandsfeststellung im Jahr 2008 wurden rd. 37.000 Kinder, im Jahr 2009 mehr als 40.000 Kinder neu in die Sprachförderung aufgenommen.

Damit erhalten im Kindergartenjahr 2009/2010, insgesamt mehr als 77.000 Kinder im Alter von vier und fünf Jahren eine Sprachförderung.

Längst nicht alle dieser Kinder haben eine Zuwanderungsgeschichte. Aber dass all diesen Kindern jetzt systematisch geholfen wird, dient der Integration. Es ist vorbeugende Integrationspolitik.

Wie wichtig diese Förderung ist, zeigt die folgende Zahl: Laut Kinder- und Jugendhilfestatistik waren am 15. März 2008 insgesamt 568.809 Kinder in Nordrhein-Westfalen im Kindergarten oder in der Tagespflege. 33,6 % haben eine Zuwanderungsgeschichte. Und bei 21,3 % der Kinder, wird zu Hause vorwiegend nicht Deutsch gesprochen.

Anrede,

wie ich bereits zu Anfang betont habe: Gerade in den heutigen Tagen ist ein Dialog auf allen Ebenen besonders wichtig für das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Glaubensauffassungen. Voraussetzung für jeglichen Dialog ist wechselseitiger Respekt und gegenseitiges Vertrauen. Die Bereitschaft, nicht nur zuzuhören, sondern auch dazuzulernen muss vorhanden sein. Ich freue mich deshalb über Ihre Initiative den Runden Tisch der Religionen hier in Siegen durchzuführen.